

P/XVII/228 - 12. November 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Vertrauen für Zinn - Misstrauen gegen Bonn</u> Zum Ergebnis der hessischen Landtagswahlen	49
2 - 3	<u>Dem Bundeskanzler mit auf die Reise gegeben</u> Woran Dr. Adenauer denken sollte Von G. Markscheffel	90
4 - 4a	<u>Deutsche Jungsozialisten in Tunis</u> Immer bessere Kontakte zu den afrikanischen Völkern	87
5 - 6	<u>Gewinn- und Verlustbilanz der Kuba-Krise</u> Interessante militärische und politische Konsequenzen Von unserem Korrespondenten in den USA	96
7	<u>Deutsche Einheit als ethische Entscheidung</u> Von Senator Klaus Schütz	45

* * *
* *

Chefredakteur: Günter Markscheffel

Vertrauen für Zinn - Misstrauen gegen Bonn

ler - Das Bonner Regierungsmodell sollte nach Wiesbaden, der Landeshauptstadt von Hessen, übertragen werden. Das war das Ziel der CDU und der FDP. Sie haben es nicht erreicht, obwohl es an einem ungewöhnlichen Propagandaaufwand nicht fehlte. Die Mehrheit der hessischen Wähler und Wählerinnen lehnten einen Firmen- und Regierungswechsel ab; sie bestätigten die sozialdemokratisch geführte Regierung nicht nur in ihrem Amt, sie statten sie auch noch mit mehr Vertrauen und Mandaten im Landtag aus.

Auf die Sozialdemokratie entfielen 1.340.692 Stimmen; das ist die höchste Stimmenzahl, die sie jemals in Hessen erreichte. Sie hat im Vergleich zu den Landtagswahlen von 1958 zu ihren bisherigen 48 Mandaten drei hinzugewonnen und besitzt damit die absolute Mehrheit im hessischen Landtag. Dass es sich lohnt, mit den Sozialdemokraten gemeinsam die Regierungsverantwortung zu tragen, kann der an der letzten Regierung Zinn beteiligte Koalitionspartner, die Gesamtdeutsche Partei, am Wahlergebnis ablesen. Zwar verlor er ein Mandat - er zieht mit sechs Mandaten, früher sieben, in den neuen Landtag ein - aber seine Stimmenverluste hielten sich weit hinter den Befürchtungen, die die FDP selbst vor der Wahl hegte. Diese Partei hat im grossen und ganzen zum Unterschied in anderen Ländern ihren Stimmenanteil behalten, was wohl in erster Linie darauf zurückzuführen ist, dass sie von Zinn fair behandelt wurde und Gelegenheit zu konstruktiver Arbeit innerhalb des Regierungsprogramms bekam. Das wussten die Wähler zu honorieren.

Schlecht, äusserst schlecht bekam der CDU der Versuch, die Regierung Zinn aus dem Sattel zu heben. Sie rannte gegen nicht zu erstürmende Barrieren. Der Verlust von 60.000 Stimmen, gleich vier Prozent, und von vier Landtagsmandaten kennzeichnen die Grösse der Niederlage und die Zertrümmerung hochgespannter Erwartungen. Die Regierung Zinn und ihre Politik der sozialen Verantwortung, die dem Lande ein modernes Gesicht gab, und einer Verwaltungsführung, die sauber, übersichtlich und skandalfrei ist, bot keine Angriffsfläche. Nicht umsonst gilt Hessen als das Musterland der Bundesrepublik. Die Aufgeschlossenheit und Aktivität seiner bisherigen Regierungen gaben der Entwicklung dieses Landes mächtige Impulse, sie hielten im Rahmen der durch das Grundgesetz gegebenen Möglichkeiten Schritt mit dem Geist unserer Zeit, sie übten in weltanschaulichen Fragen eine vorbildliche Toleranz, in der Integration von Stadt und Land, um dieses Modewort zu gebrauchen, haben sie bahnbrechend gewirkt und auf dem Gebiet des Schulwesens setzten sie Vorbilder. Was hatte die CDU dergleichen anzubieten? Die Berufung auf das "Bonner Modell" und auf eine Koalition, die nicht führt, ihre Energien in Krisen verausgabt und in den letzten vierzehn Tagen ein erschütterndes Schauspiel der Unglaubwürdigkeit und Hilflosigkeit bot, hat die Wähler angewidert und abgestossen.

Die Freien Demokraten haben im Vergleich zu 1958 zwar 60.000 Stimmen und zwei Mandate gewonnen, vermochten jedoch ihren Stand von der Bundestagswahl 1961 nicht zu halten, obwohl die SPD auch diesen sowohl prozentual wie auch an Stimmenanteil weit übertraf. Das verhältnismässig gute Abschneiden der FDP ist wohl auf die Annahme mancher Wähler zurückzuführen, die in dem Verhalten Bonner FDP-Minister eine Verteidigung der durch CDU-Minister verletzten Gedanken der Rechtsstaatlichkeit erblickten.

Das Fazit dieser Wahlen: ein unerwartet grosser Vertrauensbeweis für die Regierung Zinn, dankbare Anerkennung für ihre Leistungen und eine Bekräftigung des Rechtsstaates, dessen Prinzipien die Bonner CDU-Führung misachtet hat. Welche Lehren wird die CDU aus dieser eklatanten Niederlage ziehen? Die Wähler haben es für notwendig gehalten, ihr diese bittere Pille zu verabreichen.

Dem Bundeskanzler mit auf die Reise gegeben

Woran Dr. Adenauer denken sollte
Von G. Markscheffel

Bundeskanzler Dr. Adenauer begibt sich am Dienstag zum zehnten Mal auf die Reise nach den Vereinigten Staaten. Trotz der Wahlniederlage der CDU in Hessen und dem sich daraus ergebenden Autoritätsschwund soll er gewiß sein, daß ihn die besten Wünsche der meisten Deutschen begleiten, denen an einem guten Verhältnis zwischen den USA und der Bundesrepublik gelegen ist. Damit der Bundeskanzler aber nicht glaubt, er allein oder nur eine Regierung Adenauer sei die Repräsentanz der deutschen Demokratie, wollen wir ihm einige Tatbestände in Erinnerung rufen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer befindet sich in einem fundamentalen Irrtum, wenn er davon ausgeht, die Vereinigten Staaten könnten nur dann Zutrauen zur deutschen Demokratie haben, wenn die Regierung Adenauer in Takt ist.

Erstens: In den USA weiß man genau so gut wie in der Bundesrepublik, daß sich die jetzige Bundesregierung seit mehr als einem Jahr von Krise zu Krise durchwurschtelt und erst jüngst wieder notdürftig am Leben erhalten werden konnte. Der Preis waren zwei Staatssekretäre, die anstelle ihrer Minister in die Wüste geschickt wurden; ein Vorgang, der in einer normalen Demokratie undenkbar wäre.

Zweitens: Es gibt die Deutsche Sozialdemokratie, ohne deren verantwortliche Mitwirkung in der deutschen und internationalen Politik - auch aus der Opposition heraus! - eine kreditwürdige deutsche Demokratie ohnehin nicht möglich ist.

Drittens: Das im Augenblick sichtbarste Kapital der jungen deutschen Demokratie ist nicht eine abgerutzte und von Krisen erschütterte Bundesregierung, sondern die funktionsfähige parlamentarische Opposition, der gerade jetzt in Hessen ein überwältigendes Vertrauen ausgesprochen wurde und die Tatsache, daß die deutsche Presse ohne Unterschied der politischen Richtung die öffentliche Meinung gegen die sehr undurchsichtigen Machenschaften einer bestimmten Parteihybris in Bonn mobilisiert hat.

* * *

Dem Bundeskanzler seien auch noch einige andere Überlegungen mit auf die Reise gegeben. Er sollte darüber nachdenken, was man von ihm halten muß, nachdem er jetzt gesagt hat, er müsse das Parlament "ertragen". Dieser Ausspruch Adenauers, beinahe untergegangen im Orubel der Fragestunde, enthüllt von dem Charakter dieses Mannes und von seinem Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie mehr, als viele andere seiner witzig-sein-sollenden Aussprüche.

- * Der Regierungschef eines demokratischen Staates, der das Parlament nur "erträgt", sollte eigentlich schon längst seinen Hut genommen haben.

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat in der vergangenen Woche im Parlament einen Staatsbürger eines schändlichen Vergehens bezichtigt, obwohl dieser noch nicht verurteilt wurde, ja, noch nicht einmal offiziell unter Anklage gestellt worden ist. Der Bundeskanzler hat damit den in jedem Rechtsstaat auch als ungeschriebenes Gesetz anerkannten Grundsatz verletzt, wonach niemand als eines Vergehens oder Verbrechens überführt behandelt werden darf, solange kein rechtskräftiges Urteil vorliegt.

Der Bundeskanzler hat dies getan, ohne daß die ihn tragende parlamentarische Mehrheit bis zur Stunde irgend etwas unternommen hätte, was den Chef der Regierung veranlassen müßte, die einzig möglichen Konsequenzen aus seinem Verhalten zu ziehen.

* * *

Der Bundesverteidigungsminister hat nicht die Wahrheit gesagt, als er selbst behauptete und von anderen behaupten ließ, er und sein Ministerium hätten nichts mit der Verhaftung des Redakteurs Ahlers in Spanien zu tun. Am Freitag vergangener Woche hat derselbe Bundesverteidigungsminister sich bloßgestellt. Er mußte zugeben, daß er persönlich durch ein Telefongespräch den deutschen Militärattaché Oster ersucht habe, die Verhaftung von Ahlers in Malaga zu veranlassen.

Ganz nüchtern und ohne Erregung ist also festzustellen: Der Bundesverteidigungsminister Dr. Franz-Josef Strauss hat die deutsche Öffentlichkeit und das Parlament falsch informiert.

- * Wir wissen schon sehr lange, daß Franz-Josef Strauss ein dickes
- * Fell hat und daß man von ihm zu allerletzt erwarten kann, er werde von sich aus so reagieren, wie normalerweise ein Minister reagieren müßte, der eingestehen müßte, die Wahrheit dem Parlament vorenthalten zu haben. In dieser Beziehung sind wir also illusionslos. Es erhebt sich jedoch die Frage, ob der Bundeskanzler einen
- * Minister weiterhin im Amt lassen kann, der nachgewiesenermaßen seine Pflicht verletzt hat.

* * *

Zum Abschluß noch ein Wort zu den leichtfertigen Redensarten, die in der Bemerkung gipfeln: "Es ist schon wieder so weit". - Historische Vergleiche hinken meistens. Der Vergleich zwischen der Bundesrepublik, dem Gestapo-Deutschland oder der sogenannten DDR ist völlig unangebracht.

Gewiß, es ist in den vergangenen vierzehn Tagen viel Schlimmes bekanntgeworden. Aber die Tatsache, daß es bekannt wurde, die Tatsache, daß die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik revoltierte und revolutionierte, die Tatsache ferner, daß die parlamentarische Opposition nicht Ruhe geben wird, bis die letzte Klarheit in die dunklen Begleitumstände der Spiegel-Affäre gebracht worden ist - alles das läßt Vergleiche, wie sie oben erwähnt wurden und mitunter leichtfertig angestellt werden, nicht zu.

Außerdem ist immer noch zu hoffen, daß sich in den Reihen der CDU/CSU und der FDP selbst Männer finden werden, denen die Sauberkeit der deutschen Demokratie wichtiger ist als ein mühsam zusammengeflicktes Kabinett Adenauer.

Dies alles möge der Bundeskanzler bedenken, wenn er sich in die USA begibt. Er könnte auch heute noch - trotz allem, was geschehen ist! - der deutschen Demokratie einen Dienst erweisen, wenn er bei unseren Freunden jenseits des Ozeans zu erkennen gibt, daß die Fehler der Vergangenheit rücksichtslos bereinigt werden sollen, ganz gleich, von wem sie begangen worden sind.

+ + +

Deutsche Jungsozialisten in Tunis

Immer bessere Kontakte zu den afrikanischen Völkern

O.B. Dieser Tage kehrte eine Delegation der deutschen Jungsozialisten von einer erfolgreichen Studienreise durch Tunesien zurück. Unter Führung des Bundestagsabgeordneten Hans Jürgen Wischniewski und des Bundessekretärs der Jungsozialisten, Horst Seefeld, konnten die jungen Sozialdemokraten zehn Tage lang Tunesien, seine Jugend, seine verantwortlichen Politiker und den Aufbau des Landes kennenlernen. In einer strapaziösen Reise hatte die Delegation weite Strecken vom Norden zum Süden des Landes zurückzulegen. In den Dörfern und Städten erklärten sich die politischen Delegierten, die Bürgermeister und in den grossen Städten die Gouverneure bereit, die Jungsozialistendelegation zu empfangen und Rede und Antwort zu stehen.

Empfang bei Staatspräsident Bourguiba

Die mit den Jungsozialisten befreundete Neo-Destur-Jugend hatte ein hervorragendes Programm organisiert. Der Höhepunkt der Reise war zweifellos ein Empfang durch den tunesischen Staatspräsidenten Bourguiba. Der Staatspräsident sprach seine Freude darüber aus, dass die deutschen Jungsozialisten seit Jahren die Kontakte zu der Jugendorganisation seiner Partei pflegen. Er äusserte sich lobend über bisherige Aufnahme seiner jungen Landsleute durch die Jungsozialisten in der Bundesrepublik. Präsident Bourguiba erwähnte in seinem Gespräch, dass er grosses Vertrauen zur deutschen Jugend habe. Er hoffe, sich bei einem Besuch in der Bundesrepublik, zu dem er von der Bundesregierung eingeladen sei und auch in Berlin, auf Grund einer Einladung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, ein Bild vom Aufbau Deutschlands und von der deutschen Jugend zu machen. In seiner Erwiderungsrede ging der Bundessekretär der Jungsozialisten, Horst Seefeld, auf die Leistungen des tunesischen Volkes seit seiner Unabhängigkeit ein. Die JS-Delegation habe mit besonderem Interesse bei ihrer Reise durch Tunesien verfolgt, wie gerade die jungen Tunesier mit grosser Zähigkeit am Aufbau ihres Landes beteiligt sind. Überall in Tunesien sind die jungen politischen Kräfte in grossem Masse an der Verantwortung beteiligt. Die tunesischen Minister gehören alle zur jungen Generation. Seefeld bedauerte, dass in der Bundesrepublik bisher nicht in gleich grosser Masse den jungen Menschen Verantwortung übertragen würde.

Ein Freundschaftsprogramm

In den Gesprächen mit der Neo-Destur-Jugend wurde ein Freundschaftsprogramm für die nächste Zeit festgelegt. Folgende Punkte sollen dabei berücksichtigt werden:

1.) Im Jahre 1963 wird ein verstärkter Austausch von Delegationen erfolgen. Zweck dieses Delegationsaustausches soll sein,

Leute und die jeweiligen Parteiorganisationen kennenzulernen.

2.) Künftig werden Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren sowie Schulungs- und Informationsmaterial ausgetauscht.

3.) Es wird versucht, hauptamtliche Mitarbeiter der beiden Organisationen für einen Zeitraum von ein bis drei Monaten im anderen Land arbeiten zu lassen.

4.) Zu wichtigen Tagungen und Konferenzen wird die befreundete Organisation eingeladen.

5.) Referenten der beiden Organisationen werden bei dem anderen Verband Vorträge zu bestimmten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Fragen halten.

Gemeinsame politische Ziele

Von den Jungsozialisten wurde in Tunis erklärt, dass die Neo-Destur-Jugend zu den engsten Freunden gehöre. Ohne weiteres, so wurde festgestellt, habe man, wenn man Tunesien besuche, nicht den Eindruck, in ein fremdes Land zu kommen.

Die Neo-Destur-Jugend versicherte, sich bei den Jungsozialisten wie zu Hause zu fühlen. Der Verantwortliche der Neo-Destur-Jugend gab im Verlauf einer Unterredung noch einmal der Hoffnung Ausdruck, dass es den Deutschen gelingen möge, bald ihre Wiedervereinigung zu erreichen. Er sei sicher, dass Tunesien sich überall in der Welt für die Selbstbestimmung des deutschen Volkes einsetzen werde.

Im Verlauf ihrer Reise hatten die Jungsozialisten auch Gelegenheit, sich bei mehreren tunesischen Ministern über die landwirtschaftlichen Probleme, die in Tunesien im Vordergrund der Entwicklung stehen, über den Aufbau des Landes und vor allem über die Jugendarbeit zu informieren. So wurden Jugendheime, Jugendherbergen, Kinder- und Erholungsheime, Sporthochschulen und Sportstätten besichtigt.

Eine lange und interessante Unterhaltung fand auch mit den Vertreterinnen der tunesischen Frauenorganisation, über die mit der Emanzipation der Frau zusammenhängenden Fragen statt. Das Besuchsprogramm wurde erweitert durch Unterhaltungen mit der deutschen Botschaft in Tunesien und durch Einladungen der algerischen Botschaft in Tunesien.

Alles in allem darf festgestellt werden, dass es den Jungsozialisten gelungen ist, die freundschaftlichen Beziehungen zu dem jungen nordafrikanischen Staat im Interesse Gesamtdeutschlands zu verbessern und zu erweitern.

Gewinn- und Verlustbilanz der Kuba-Krise

Von unserem Korrespondenten in den USA

Am 2. November wandte sich Präsident Kennedy zum zweiten Male über Rundfunk und Fernsehen an das amerikanische Volk, um über die kubanische Krise zu berichten, elf Tage nach jener großen Ansprache vom 22. Oktober, in der er die Verhängung der Blockade verkündet und den mächtigen Stein ins Rollen gebracht hatte. Ende und Auswirkung dieses historischen Ereignisses sind zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht voll ersichtlich. Klar sichtbar aber sind eine Reihe von Einzelementen, die wichtig sind und die zweifellos auf absehbare Zeit das Gesetz der Weltpolitik beeinflussen werden. Sie werden das Ende eines Zeitabschnittes und den Beginn eines neuen Kapitels Weltgeschichte bedeuten.

Nichts mehr kann verheimlicht werden

Nehmen wir bei der Aufzählung und Überprüfung dieser Einzelemente zunächst einmal die militärischen - nicht weil sie die wichtigsten sind, aber weil man sich über sie am leichtesten ein Urteil bilden kann.

Wer je gedacht hätte, der riesige unübersichtliche amerikanische Militärapparat müsse notwendigerweise schwerfällig, überbürokratisch und angerostet sein, wurde gründlich eines besseren belehrt. Der zweite Punkt - vermutlich für die Zukunft von größter Bedeutung - ist die Erkenntnis vom gewaltigen Fortschritt der Höhenfotografie, der tatsächlich nichts mehr verheimlicht werden kann: Infrarote Aufnahmen durchdringen tarnende Schutzhüllen, Vergrößerungen mikroskopischer Details enthüllen unwiderlegliche Hinweise und reflektierende Schrägaufnahmen machen das Überfliegen des zu beobachtenden Terrains durch "U 2"-Flugzeuge hinfällig. Der ganze Streit um die Einführung von Kontrollen und Inspektionen in der Abrüstungsdebatte und der Frage nach dem Verbot atomarer Tests gewinnt damit neue Perspektiven: Die Luftfotografie ist als ein gewaltiges Argument da, das alle älteren Positionen überschattet.

Punkt drei ist ein sehr ernster. Die Amerikaner waren erschrockt als sie wahrnehmen mußten, daß die Russen in erstaunlicher Geschwindigkeit Raketenbasen auf- und abbauen. Das läßt auf eine hochgradige Beweglichkeit schwerer Raketenwaffen schließen, die zwar einige amerikanische Einheiten ebenfalls zu haben scheinen, die aber als realer Machtfaktor bisher vom Pentagon nicht richtig eingeschätzt worden war. Chruschtschow hat mit diesen Raketen keinen Schuß abgefeuert, aber er hat sich durch sie dennoch großen Respekt verschaffen können. In der Gesamtbilanz ist Moskau zwar der Verlierer, aber dieser waffentechnische Punkt sollte nicht außer Acht gelassen werden.

Kennedy hielt sich zurück

Die anderen Schlußfolgerungen und Lehren, die heute schon gezogen werden können, sind politischer Natur. Da ist zuerst die von aller Welt in den beiden letzten Wochen bis zum Überdruß wiederholte

Tatsache, daß die Sowjetunion im Karibischen Meer eine empfindliche Niederlage einstecken mußte, daß ihr Prestige gelitten und die Zuversicht und Festigkeit in der westlichen Welt gewonnen habe. Auffällig ist jedoch, daß der Hauptakteur bei dieser kommunistischen Niederlage, der Präsident Kennedy, sich hütet, in die allgemeinen Jubelrufe einzustimmen. Für ihn hat Moskau nur einen Rückschlag erlitten, jedoch keine entscheidende Niederlage. Die freie Welt sollte zunächst nur einen die Richtigkeit ihrer Politik bestätigenden Teilerfolg registrieren, aber keinen "Endsieg" feiern.

Innenpolitische Aspekte

Der Präsident hat den wilden Nationalisten im eigenen Lande, politisch mehrheitlich auf dem rechten Flügel der Republikanischen Partei beheimatet, das Wasser abgegraben. Diese Kreise, die seit Jahr und Tag eine reguläre bewaffnete Invasion Kubas (im guten alten Stile von Roosevelt) forderten, sind jetzt notgedrungenerweise stiller geworden, auch wenn nach ihrer Ansicht der Präsident nicht weit genug gegangen ist. Auch gewisse Offizierskreise im Pentagon, die am liebsten die Blockade in eine Bombardierung kubanischer Häfen und Flugplätze ausgeweitet hätten, sind verstummt. Kein amerikanischer Ultra-Chauvinist kann der Regierung vorwerfen, schwach und feige zu sein - das ist ein echter Fortschritt.

Genau umgekehrt hat die amerikanische Politik der letzten Wochen auf verschiedene Sektoren des Auslandes gewirkt. Da waren zunächst die Neutralisten der afro-asiatischen Welt, die - ebenfalls dank der Parallelentwicklung im Himalaja - in ihrer einseitigen Marschroute erheblich erschüttert worden sind. Die gleichen Araber und Afrikaner, die gegen de Gaulles Atombombenversuche in der Sahara protestierten, weil sie Afrika "atombfrei" halten wollten, mußten logischerweise auch gegen Chruschtschows Deponierung von Atomwaffen auf Kuba auftreten. Überdies ist in diesen Kreisen der bisherige Ruf der kommunistischen Unfehlbarkeit erheblich erschüttert worden. Nicht zuletzt sind sie ihres neutralistischen Führungsgenies beraubt, Krishna Menon, der sie früher bei Abstimmungen im Plenum der Vereinten Nationen auf "Vordermann zu bringen pflegte.

Weltpolitische Akzentverschiebung

Eine ähnliche Stimmungsverschiebung ist bei den Südamerikanern eingetreten. Es gab dort starke Pro-Castro-Sympathien im Volk sowohl als auch bei den Regierungen. Solange sich Castro darauf beschränkte, Zuckerplantagen der "Yankees" zu beschlagnahmen und mit Bodenreformideen zu experimentieren, war das durchaus noch naheliegend. Einen vorgeschobenen Stützpunkt der Sowjetunion aber will niemand unmittelbar vor den Küsten Mittel- und Südamerikas sehen. In dem Augenblick, in dem Moskau praktisch von Kuba Besitz ergriff, sah man sich in Südamerika sogleich nach dem "großen Bruder" im Norden um, und man stellte sich entschlossen hinter ihn, teilweise mit deutlich sichtbarem Aufatmen. Nirgends hatte die weltpolitische Akzentverschiebung des amerikanischen Gegenstosses größere Stimmungserfolge als in Lateinamerika, wo nunmehr zum ersten Male die Washingtoner Anti-Castro-Parole ein klares zustimmendes Echo fand.

Deutsche Einheit als ethische Entscheidung

Von Senator Klaus Schütz

Es war vor einigen Wochen. Ein Mann aus einem der jungen Staaten Nordafrikas stand an der Mauer in Berlin. Er war erschüttert und bewegt. Aber er sagte nicht das Erwartete. Sicher: Auch er klagte die Mauer-Kommunisten an. Aber er sagte mehr. Er fragte: Und seine Frage galt den Deutschen: "Wie lange laßt ihr Deutschen euch das gefallen?"

Dieser Mann hat im Ringen um die Befreiung seines Landes an vorderster Stelle gestanden. Er gehört heute zu den Führern seines Staates. Er weiß, die Aufklärung der Welt über Unrecht und Schande ist notwendig. Er weiß auch, die ständige Klage über Verletzungen des Selbstbestimmungsrechts muß sein. Er weiß aber auch, damit allein erhält ein Volk seine Selbstbestimmung nicht.

Hüten wir uns vor Irrtümern. Solche Männer gibt es viele. Und so wie dieser Mann fragen uns in Wirklichkeit viele Völker: "Wie lange laßt ihr Deutschen euch das gefallen?" - Man verstehe diese Frage nicht falsch. Es sind keine Fragen nach Bomben und Waffen. Es sind auch keine Fragen nach Taten des Widerstandes oder gar des Gegenterrors. Diese Völker suchen unseren Willen zur Einheit und Freiheit. Sie fragen nach dem ethischen Fundament des deutschen Anspruchs auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung. Darum geht es. Um die Antwort auf diese Frage, um eine überzeugende Antwort müssen wir uns bemühen.

"Die Wiedervereinigung kann nur das Werk eines zwingenden Willens sein, der von einer Idee geleitet wird. Eine Wiedervereinigung lediglich durch bestimmte politische Abkommen oder andere historische Zufälligkeiten ohne Erfüllung der geistigen Voraussetzungen ist wohl denkbar, hieße aber Sand über die Pfütze streuen ohne den Boden zu wischen."

Eine Wiedervereinigungsidee, durch die es in unserem Hause und vor unserer Tür sauberer wird, muß **m e h r** als Deutschland umfassen und der Welt **m e h r** bieten können als einen Kompromißvorschlag. Sie muß mit der ethischen Forderung in Einklang stehen, die Welt in humanistischem Sinne zu gestalten."

So sieht es der Publizist Hermann Bortfeldt: Die deutsche Einheit als ethische Entscheidung.*) Es ist ein gutes Buch. Es ist mehr: Es ist ein notwendiges Buch für unsere Zeit und für jeden von uns.

Die deutsche Wiedervereinigung - das wird deutlich - hängt nicht so sehr von geschickten außenpolitischen Manövern und der Ausnutzung günstiger weltpolitischer Konstellationen ab. Sie ist vielmehr entscheidend verknüpft mit der Haltung und Anteilnahme eines jeden Deutschen, eines jeden von uns an dem Schicksal der Landsleute im sowjetisch besetzten Teil unseres Landes.

In einer Zeit der allzu lauten Proklamationen und Beteuerungen, der sich ewig wiederholenden Appelle und Demonstrationen tut ein Ruf der Besinnung gut. Besinnung auf die geistigen Voraussetzungen des Anspruchs zur Selbstbestimmung in Freiheit und Einheit. - Die deutsche Einheit als ethische Entscheidung; Dieser Ruf zur Besinnung ist gerichtet an uns; die Deutschen in beiden Teilen unseres Vaterlandes.

*) Hermann Bortfeldt, "Die deutsche Einheit als ethische Entscheidung"; Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main; 4,80 DM.